

Unter Bezugnahme auf den TOP 3.1 – Beschwerde der BI „Keine Gewerbegebiete in Lindscheid“ – fragt Herr Sonntag, ob es möglich sei, den Schriftverkehr mit der Bezirksregierung in der Sache seit dem Tag der Antragstellung 16.03.2013 vor dem APUE zugänglich zu machen.

Herr Sterzenbach verweist auf den Umfang der Unterlagen, die neben Papierform auch digitale Anlagen enthielten. In dem Falle ziehe das Instrument der Akteneinsicht. Zudem verweist er auf den knappen Zeitrahmen.

Herr Sonntag fordert daraufhin Akteneinsicht. Zu einer vernünftigen Bewertung halte man dies für erforderlich.

Der Bürgermeister erklärt, dass man die Zulässigkeit der Akteneinsicht prüfe.